

basis



ZEITUNG DES KLASSENKÄMPFERISCHEN BLOCKS

#04 • Herbst • 4/2013

ZEIT ZU HANDELN KAMPF UM MANTELTARIFVERTRAG

RUNDUMSCHLAG GEGEN BESCHÄFTIGTE

Seit vielen Wochen wird bundesweit im Einzelhandel gestreikt. Die Kapitaleseite hat in der laufenden Tarifrunde zum 30. April 2013 alle Manteltarifverträge gekündigt um die Löhne zu drücken und die Arbeit weiter zu flexibilisieren. Im Manteltarifvertrag werden die Arbeitsbedingungen geregelt, zum Beispiel Urlaubstage, Arbeitszeiten und Nachtzuschläge. Die Unternehmer fordern die Streichung aller Zuschläge, beispielsweise für Nachtarbeit und die Schaffung einer neuen Billiglohngruppe. Der Rundumschlag gegen die Beschäftigten wird von der Arbeitgeberseite als »Modernisierung der Tarifverträge« bezeichnet.

Verdi fordert in der aktuellen Tarifrunde neben der Wiedereinsetzung des Manteltarifvertrages, eine Lohnerhöhung um einen Euro je Stunde, eine Angleichung von Löhnen in Ost und West und eine deutliche Erhöhung der Ausbildungsvergütungen. In Berlin gab es im aktuellen Arbeitskampf Streiks unter anderem bei Ikea, der Buchhandelskette Thalia, bei Kaufland, Real, Netto und H&M. Die Tarifverhandlungen zu den Mantel- und Entgelttarifverträgen sind bislang jedoch ergebnislos geblieben. Es wurde ein weiterer Verhandlungstermin zwischen Verdi und der Arbeitgeberseite für den 2. Dezember 2013 vereinbart.

NIEDRIGLOHN & PREKÄRE BESCHÄFTIGUNGSVER- HÄLTNISSE IM HANDEL

Die größten Unternehmen im Einzelhandel sind in der BRD die Metro AG, die Edeka-Gruppe, Aldi, Rewe sowie die Schwarz-Beteiligungs-GmbH. Die Konzerne im Handel versuchen, durch immer mehr Verkaufsflächen, mit Preiskriegen und immer längeren Öffnungszeiten, den Mitbewerbern Umsatz und KundInnen abzujauchen. Unter diesem Konkurrenzkampf leiden in erster Linie die Beschäftigten, aber auch LieferantInnen sind davon betroffen.

Mit etwa drei Millionen Beschäftigten bundesweit stellt der Einzelhandel eine der größten Branchen dar. Er ist auch ein großer Wirtschaftsfaktor im Land Berlin – hier sind über 100 000 Personen beschäftigt. Der überwiegende Teil davon – das heißt 69 Prozent der Beschäftigten insgesamt – sind Frauen. Ein Viertel der Beschäftigten im Einzelhandel ist nicht sozialversicherungspflichtig, sondern in so genannten Minijobs beschäftigt. Teilzeitbeschäftigte und geringfügig Beschäftigte machen zusammen über die Hälfte der Beschäftigten im Einzelhandel im Land Berlin aus.



Die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel sind vielfach durch Zeitdruck, Stress und Personalmangel gekennzeichnet. Von den MitarbeiterInnen wird hohe Flexibilität gefordert, das bedeutet, dass die Beschäftigten faktisch rund um die Uhr zur Verfügung stehen sollen. Für die Beschäftigten stellt dies eine verstärkte Belastung und Beeinträchtigung sowohl ihrer Gesundheit als auch ihres sozialen Lebens dar. Viele Unternehmen fordern

zudem von ihren MitarbeiterInnen die Anwendung standardisierter Freundlichkeitsfloskeln und Verhaltensweisen. Die Supermarktkette Kaufland verlangt beispielsweise von ihren KassiererInnen, dass sie bei jedem Einkauf nachfragen, ob alles in Ordnung war.

In den letzten Jahren haben Umstrukturierungen im Einzelhandel stattgefunden. Edeka und Rewe sind in der BRD die dominierenden Konzerne im Lebensmittelhandel. Eine wachsende Zahl von Filialen wird mittlerweile von selbstständigen Kaufleuten betrieben, die lediglich das Banner Edeka oder Rewe tragen, da sie eine vertragliche Bindung mit den Konzernen eingegangen sind. Bei Edeka sind 139 000 Beschäftigte – das sind 45,4 Prozent aller Edeka-MitarbeiterInnen – bei einem selbstständigen Einzelhändler angestellt. Für die Beschäftigten bedeutet dies oft eine fehlende Tarifbindung, schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne.

ARBEITSKAMPF MIT ERHEBLICHER BEDEUTUNG
Die Kampfbedingungen im Einzelhandel sind insgesamt sehr schwierig. Umsatzeinbußen können bei eintägigen Streiks

von den entsprechenden Geschäften in der Regel an den folgenden Tagen wieder wettgemacht werden. Der Einsatz von Leiharbeitskräften, die rund um die Uhr verfügbar sind, macht einen effektiven Streik oft besonders schwer. Zudem ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Handel niedrig und es gelingt somit oft nicht die bestreikten Filialen ganz dicht zu machen. Es ist deshalb besonders wichtig den Konflikt in die Öffentlichkeit zu tragen und solidarische Unterstützungsarbeit zu leisten. Dazu brauchen wir mehr gemeinsame Aktionen, die Einbeziehung der Öffentlichkeit und der KundInnen in den Streik sowie neue Aktionsformen. Beim Streik im Einzelhandel 2008 wurde in Berlin eine Reichelt-Filiale von Beschäftigten und UnterstützerInnen gemeinsam bestreikt und stundenlang blockiert.

Der Arbeitskampf im Einzelhandel hat eine große gesellschaftliche Bedeutung, da er erhebliche Auswirkungen auch auf Branchen weit über den Handel hinaus haben wird. Wenn der Handelsverband (HDE) mit seinen Angriffen Erfolg hat, dürften die Unternehmer anderer Branchen ebenfalls ihre Chance wittern, Tarifverträge auszuhebeln. Deswegen müssen wir jetzt aktiv werden und die KollegInnen im Einzelhandel in ihrem Kampf unterstützen. Gegen Prekarisierung hilft nur Solidarität!

FILM ÜBER ERFOLGREICHEN ARBEITSKAMPF

2. August 2009, unter Polizeischutz beginnen die Demontearbeiten in der INNSE, einem metallverarbeitenden Unternehmen in Mailand. Die Fabrik ist von 400 Polizeikräften umzingelt. Vier Arbeitern gelingt es, die Polizeisperren zu überlisten und in der Werkhalle einen Kran zu besetzen. Die Demontearbeiten werden daraufhin gestoppt und es beginnen lange, zähe Verhandlungen zwischen den Arbeitern und der Gewerkschaft FIOM auf der einen Seite, und dem Fabrikbesitzer Genta, der Immobilienfirma, der das Gelände gehört, dem Kaufinteressenten Camozzi, der den Betrieb samt Grundstück übernehmen will, sowie dem Präfekten von Mailand auf der anderen Seite. Nach acht Tagen und sieben Nächten steigen Enzo, Fabio, Luigi und Massimo vom Kran herunter.

Am Ende werden die Werktoore wieder geöffnet und alle ArbeiterInnen kehren in die Fabrik zurück. Im Dokumentarfilm »Dell'Arte della Guerra« – »Die Kunst des Krieges« – analysieren die vier Arbeiter ihre neue Form des Arbeitskampfes, die der »Politik des kleineren Übels« eine Absage erteilt und sich entschlossen den Angriffen der herrschenden Klasse entgegenstellt. Sechs INNSE-ArbeiterInnen werden bei der Uraufführung ihres Films in Berlin anwesend sein und berichten.

URAUFFÜHRUNG IN BERLIN

Samstag | 16. November 2013 | 16:30 Uhr | Regenbogenkino | Lausitzer Straße 22 | 10999 Berlin

REPRESSION GEGEN FORD-BESCHÄFTIGTE

Am 7. November 2012 protestierten 250 Beschäftigte und GewerkschafterInnen aus dem belgischen Genk vor der Ford-Europazentrale in Köln gegen die geplante Schließung ihres Werks. Zwei Wochen zuvor, am 24. Oktober, hatte Ford angekündigt, den Produktionsstandort Genk mit 4300 Beschäftigten bis Ende 2014 zu schließen. Da die IG-Metall-Funktionäre nicht aktiv wurden, haben Kölner KollegInnen selbst die Initiative ergriffen und sind zu einem Solidaritätsbesuch nach Genk gefahren. Bei dem Treffen entstand die Idee einer Aktion der Genker Beschäftigten während der Sitzung des Europäischen Betriebsrats in der Ford-Europazentrale in Köln. Die Forderung der Genker KollegInnen: Verteilung der Produktion von Ford auf alle europäischen Standorte statt Schlie-

ßung des Genker Werks. In Köln wurden die Genker KollegInnen, als sie das Werksgelände nach einer kurzen Besetzungsaktion verließen, von einem massiven Polizeiaufgebot angegriffen und eingekesselt. 120 Streifenwagen und ein Hubschrauber wurden gegen die protestierenden ArbeiterInnen eingesetzt. Die Personalien aller KollegInnen wurden aufgenommen und Ermittlungsverfahren wegen »besonders schwerem Landfriedensbruch« eingeleitet. Zwölf Kollegen sollen Geldstrafen bekommen. Gegen einen Kollegen forderte die Staatsanwaltschaft zehn Monate Haft auf Bewährung wegen »gefährlicher Körperverletzung« durch angebliche Böllerwürfe. Um die Genker KollegInnen zu unterstützen hat sich ein Solidaritätskreis gebildet: solikreis07nov.wordpress.com.



PLÄNE SCHMIEDEN UM DIE ARBEITGEBER ZU TREFFEN

Gespräch mit dem Vorsitzenden des Betriebsrats einer H&M-Filiale zum Tarifkampf

Hallo, Jan Richter. Wie ist die aktuelle Stimmung und Kampfbereitschaft der KollegInnen nach einigen Monaten im Tarifkonflikt?

JAN: Laut Verdi sind wir der Standort mit den meisten Streiktagen hier in Berlin und Brandenburg und wenn man bedenkt, dass wir erst seit Ende August unsere Aktionen gesteigert haben, dann sehen meine KollegInnen und ich es gerade sehr deutlich auf unseren Gehaltsstreifen. Nichtsdestotrotz werden bei uns in der Filiale weiterhin neue Pläne geschmiedet, wie man unseren Arbeitgeber gezielt treffen kann. Es vergeht kein Tag, an dem nicht ein/e KollegIn zu mir ins Büro kommt, verschwörerisch die Tür schließt und mir von seinem/ihrer Plan erzählt. Ich rede immer sehr gern von der Emanzipation der ArbeiterInnenklasse in unserem Standort. Wesentlich hierfür sind nicht nur vergangene Konflikte, sondern auch die aktuellen Erfahrungen im Streik.

Diese Tarifrunde ist tatsächlich besonders. Nicht nur, dass die Entgelttarifverträge ausgelaufen sind. Die Arbeitgeberseite hatte ja bereits vorher einseitig die Manteltarifverträge aufgekündigt, sodass unter anderem Zuschläge, Arbeitszeiten und Entgeltgruppen zur Disposition stehen. Würdest du der Aussage zustimmen, dass es sich hier vor allem um einen umfassenden Angriff der Unternehmen und damit eigentlich um einen reinen Abwehrkampf handelt?

JAN: Ja, natürlich handelt es sich um einen Abwehrkampf. Und dieser gezielte Angriff auf eine der größten Branchen in

Deutschland passiert auch nicht plötzlich, sondern wurde gezielt durch politische Reformen in der jüngsten Vergangenheit vorbereitet. Machen wir uns nichts vor, wenn die Arbeitgeber im Einzelhandel mit ihrem Frontalangriff durchkommen, dann werden sie nicht aufhören, sondern sich die nächste Branche vornehmen. Und für die werden sie dann nicht wieder zehn Jahre brauchen.

Vor allem die Einführung einer neuen »Niedrig-Lohn«-Gruppe für Warenverräumung ist ein offensichtliches Ziel der Chefetagen im Einzelhandel. Nun gab es offenbar bereits erste Annäherungen bei Verdi in Bayern im Kontext der Neubewertung der Arbeitsfelder. Siehst du die reelle Gefahr, dass Verdi schlussendlich doch Tarifverträge akzeptierten könnte, die hinter die bereits erkämpften Arbeitsbedingungen der alten Tarifverträge fallen würden?

JAN: Natürlich besteht diese Gefahr. Das Prinzip ist auch ganz einfach: wenn du als Gewerkschaft keine Kampfkraft mehr durch Masse generieren kannst, dann kannst du irgendwann auch keine Forderungen mehr stellen. Was mir Hoffnung gibt, ist die Tatsache, dass seit Beginn der Auseinandersetzungen im Einzelhandel weit über 25 000 Neumitglieder eingetreten sind. Und diese beteiligen sich am Streik. Wenn es uns also gelingt, die Gewerkschaft durch den Streik zu erneuern, dann könnte ein neues Kapitel einer kämpferischen Gewerkschaft mit aktiven betrieblichen Beteiligten beginnen.

Was ist deiner Meinung nach zukünftig nötig um den Druck auf die Arbeitgeber zu

erhöhen? Was können KollegInnen anderer Sektoren und solidarische KundInnen tun um euren Kampf zu unterstützen?

JAN: Nötig wäre, sich gezielt die Unternehmen vorzunehmen, die bundesweit in den Verhandlungskommissionen auf der Arbeitgeberseite sitzen. Ein Beispiel hier aus Berlin: der Verhandlungsführer ist der Personalchef von Kaufhof auf dem Alex. Aus Gründen, die sich mir nicht erschließen, hat der Betriebsrat in diesem Haus bisher nicht zu den Streikaktionen mobilisiert, obwohl es dort einen hohen Organisationsgrad gibt. Also haben wir H&M'ler uns zusammen mit anderen Firmen wie Ikea, Netto, Kaufland und so weiter an einem Tag zu einer bestimmten Uhrzeit verabredet, haben schwarze Shirts von Verdi untergezogen und sind zunächst als KundInnen getarnt in den Kaufhof hoch in die oberste Etage. Auf das Zeichen unserer Gewerkschaftssekretäre haben wir dann die Jacken ausgezogen und plötzlich befanden sich über 300 Leute im Kaufhof, gut sichtbar als schwarzer Block. Wir hatten alle kleine A4-Schilder mit Botschaften für die dort arbeitenden KollegInnen in der Hand. Natürlich wurden wir sofort gebeten, den Laden zu verlassen, aber so eine Masse von Menschen braucht dann schon, um aus der siebten Etage wieder runter zu kommen. Der Personalchef war außer sich über diese Aktion. Von dem Betriebsrat dort wissen wir nichts Näheres. Aber zwei Wochen nach dieser Aktion beteiligen sich nun auch die KollegInnen vom Kaufhof Alexanderplatz am Streik. Wir werden also immer mehr und das tut den Arbeitgebern weh.

Was können KundInnen tun? Ganz einfach: in bestreikten Betrieben nicht einkaufen! Mal aus Solidarität auf nen Schlüpfer oder nen Joghurt zu verzichten scheint jedoch zu viel verlangt. Eine Gesellschaft, die am einzigen freien und entschleunigten Tag der Woche statt der Sonntagsruhe lieber Schlüpfer kaufen geht, interessiert sich auch sonst nicht für die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel. Und so lange es den VerbraucherInnen wichtig ist, ein ökologisch gesundes Brot für vier Euro zu kaufen, es ihnen aber egal ist, ob die Frau, die ihnen dieses Brot verkauft, vielleicht sogar weniger Stundenlohn bekommt, als das Brot kostet, solange erwaarte ich auch keine Solidarität von KundInnen. Das Fatale daran ist: die Branche, in der sie arbeiten, könnte die nächste sein, die in eine Niedriglohngruppe umstrukturiert werden wird, um sie an die moderne Arbeitswelt anzupassen. Vielleicht sollten sie darüber mal nachdenken, bevor sie nachts Limo kaufen oder sonntags Schlüpfer shoppen gehen.



DAS SYSTEM MACHT KRANK

Pflegenotstand im Krankenhaus

Der Gesundheitssektor ist mit 280 Milliarden Euro Umsatz jährlich und 4,9 Millionen Beschäftigten einer der größten wirtschaftlichen Sektoren in Deutschland. Vier Konzerne – Asklepios Kliniken GmbH, Rhön Klinikum AG, Helios Kliniken GmbH und Sana Kliniken AG – betreiben fast ein Drittel aller Kliniken in der BRD. Die Gesundheitsversorgung wird seit Jahren den Profitinteressen von Unternehmen ausgeliefert und wird immer mehr nach rein ökonomischen Gesichtspunkten organisiert.

Die Krankenkassen zahlen für die Behandlung der PatientInnen nach dem so genannten Fallpauschalensystem – Diagnosis Related Groups – das 2004 verpflichtend eingeführt wurde. Mit dem DRG-System erhalten die Krankenhäuser einen festen Betrag für die Behandlung der PatientInnen, je nach Diagnose und unabhängig davon, welche Kosten die Behandlung eines Patienten oder einer Patientin real verursacht. Bestimmte Behandlungen werden von den Krankenkassen besser bezahlt als andere. Für Hüft- und Knieoperationen gibt es beispielsweise hohe Abrechnungspauschalen. Umso kürzer ein Patient, eine Patientin im Krankenhaus bleibt umso lukrativer wird es. Die PatientInnen werden deshalb immer schneller durchgeschleust.

Von 1995 bis 2006 wurden über 87 000 Stellen in den Krankenhäusern abgebaut, davon allein über 50 000 Stellen im Pflegedienst. Immer weniger ÄrztInnen und PflegerInnen versorgen immer mehr PatientInnen. Laut Berechnung von

Verdi gibt es aktuell einen Stellenbedarf in Krankenhäusern von etwa 162 000, davon 70 000 in der Pflege. Viele Bereiche wurden auch ausgelagert und werden von anderen Firmen betrieben um Kosten einzusparen. Aufgrund des anhaltenden Personalabbaus steigt die Arbeitsbelastung der Beschäftigten in Krankenhäusern seit Jahren kontinuierlich an. Der Zeitdruck und die Personalengpässe in der Pflege sind massiv gestiegen. Die Folgen sind Dauerstress und Überlastung für die Beschäftigten, die sich keine Zeit mehr für die PatientInnen nehmen können und unter dem permanenten Druck stehen ihr Arbeitspensum nicht zu schaffen.

Die Berliner Charité ist mit 3000 Betten die größte Klinik Europas. Seit 2003 wurden etwa 200 Pflegestellen abgebaut. Um den hauseigenen Personalmangel zu kompensieren werden Leih-Pflegekräfte eingesetzt, die erst eingearbeitet werden müssen. Nach Berechnungen von Verdi müssten mindestens 300 Pflegekräfte eingestellt werden, um den realen Personalbedarf zu decken. Die KollegInnen an der Charité kämpfen gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und setzen sich dafür ein, dass eine Mindestbesetzung und Maßnahmen zum Gesundheitsschutz für die Beschäftigten in einem Tarifvertrag verankert werden. Die Geschäftsleitung der Charité weigert sich bisher Verhandlungen darüber aufzunehmen.

KAMPAGNE FÜR MEHR KRANKENHAUSPERSONAL
www.mehr-krankenhauspersonal.de



S-BAHN: CHAOS, KRISEN, KATASTROPHEN

Niemand hierzulande dürfte es entgangen sein, bei der Berliner S-Bahn laufen auch weiterhin die Räder nicht rund. Mit der S-Bahn-Ausschreibung wird die Privatisierungspolitik nun weiter forciert.

Beim Interessebekundungsverfahren hat der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB), der die Ausschreibung organisiert, Anfang Oktober Unternehmen ausgewählt, die konkrete Angebote vorlegen können. Darunter befinden sich der

britische Anbieter National Express und der Schienenfahrzeugbauer Bombardier. Auch die S-Bahn Berlin GmbH, als politisch gewollter Garant für Chaos, Krisen und Katastrophen, erhielt die Zulassung, sich am Ausschreibungsverfahren der S-Bahn-Ring-Linien zu beteiligen. Soll mit dieser nur scheinbaren Hoffnung, dass die S-Bahn Berlin GmbH die Ausschreibung gewinnen könnte, auch der Widerstand gegen die S-Bahn-Ausschreibung erstickt werden?

Der »Aktionsausschuss 100% S-Bahn«, in dem sich S-Bahn-Beschäftigte zusammengeschlossen haben, ruft weiterhin alle S-Bahn-Beschäftigten und Fahrgäste auf, sich aktiv für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei der S-Bahn und den Erhalt der S-Bahn zu 100 Prozent, sowie für die volle Wiederherstellung einer funktionierenden S-Bahn einzusetzen. Dies gilt im Besonderen vor dem Hintergrund der anstehenden Betriebsratswahlen. Denn noch immer warten 1000 S-BahnerInnen

darauf, dass ihre per Unterschrift fixierte Forderung, für eine Gesamtbetriebsversammlung aller S-Bahn-Beschäftigten während der Arbeitszeit, von ihrem Betriebsrat umgesetzt wird.

Am 30. September 2013 sind nun auch die Verhandlungen, zwischen GDL und DB AG zu einem Zukunft-Tarifvertrag als tariflichem Kündigungsschutz, gescheitert. Aufgrund der Unterschiede zwischen den profitorientierten Interessen des

DB-Managements und den existenziellen Interessen der Beschäftigten, wird auch das nun vereinbarte Schlichtungsverfahren am 22. November 2013 scheitern müssen. Dieser Zeitraum gibt den LokführerInnen der GDL die Möglichkeit, sich auf einen harten Arbeitskampf vorzubereiten. Die anstehenden Streiks bei der DB werden sich wohl aber nicht nur in den tariflichen Belangen fundamentieren. So gilt: Gebt uns eine Zukunft, sonst seid ihr Vergangenheit!

DAS PROBLEM HEISST RASSISMUS

Beitrag von Victor Neuss, Aktivist der Antifaschistischen Linken Berlin

Täglich sterben Menschen bei dem Versuch, vor Elend und Verfolgung nach Europa zu fliehen. Diejenigen, die es bis in die BRD schaffen sind mit Stigmatisierung und rassistischer Ausgrenzung konfrontiert. Die Residenzpflicht verbietet den Asylsuchenden, ihren von den Behörden ausgesuchten Aufenthaltsort zu verlassen, sie werden gezwungen in isolierten und zum Teil heruntergekommenen Lagern zu leben.

Seit über einem Jahr besteht das Camp der Geflüchteten am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg. Aus den Reihen dieser AktivistInnen war im Laufe des Jahres ein Hungerstreik am Brandenburger Tor hervorgegangen, der nach einigen Wochen abgebrochen wurde. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Lampedusa, haben 29 Menschen aus bayerischen Lagern, geflüchtet unter anderem aus Afghanistan, Äthiopien, Pakistan, Sierra Leone und Senegal einen Hunger- und Durststreik bis zum 19. Oktober 2013 abermals am Brandenburger Tor durchgeführt. In München waren zuvor Verhandlungen mit dem Land Bayern gescheitert und in Berlin wurde zum Abbruch gedrängt, ohne dass auf ihre politischen Forderungen nach Anerkennung als Asylsuchende, Abschaffung der Residenzpflicht und dem Recht auf Arbeit eingegangen wurde. Zynisch könnte der Eindruck entstehen, dass tote Flüchtlinge am Brandenburger Tor,



dessen Symbolkraft als Wahrzeichen der Republik beschmutzen würde. Berlin war schon zuvor in Bezug auf Rassismus im August 2013 in die Schlagzeilen geraten. Faschisten, die NPD, »Pro Deutschland« und RassistInnen vor Ort hetzten gegen die im Stadtteil Hellersdorf verfügte Flüchtlingsunterkunft. Antifaschistische Gegenproteste sowie eine lokale Initiative solidarisierten sich mit den Geflüchteten.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise in Europa werden nummehr ganz offen rassistische Stereotype bemüht, da

treffen die in den Medien breitgetretenen Etiketten nicht mehr nur Menschen aus afrikanischen Ländern oder dem Nahen Osten, die mitunter als »muslimisch-unzivilisiert« beschimpft werden, auch Personen aus Griechenland werden als »faule Griechen« herabgesetzt. Ein offensichtlicher wie widerlicher und angestrebter Spaltungsmechanismus, um in krisenhaften Zyklen des Kapitalismus Menschen gegeneinander auszuspielen.

Auch in den privilegierten Zonen Europas wie der BRD sind die Unterschiede

zwischen Reich und weniger wohlhabend enorm gestiegen, nicht umsonst wird auch in der BRD von Kinderarmut und Altersarmut geredet. Dass es aber auch einen offensichtlichen Zusammenhang zwischen prekären und schlecht bezahlten Jobs und Menschen mit einer Migrationsgeschichte gibt, wird in der breiteren Öffentlichkeit beharrlich nicht zur Kenntnis genommen. Auch Begriffe wie Wohlstandschauvinismus, Eurozentrismus oder Wohlstandsbeziehungsweise Verwertungs-Rassismus sind in den bürgerlichen Medien abwesende analytische Beschreibungen.

Die bundesdeutsche Gesellschaft hat kein Problem mit Rassismus, dies scheint nur ein Phänomen offen auftretender Faschisten, NPDler und NSU-TerroristInnen zu sein. Auf deren menschenverachtende Ideologie, deren Mordserie ist einfach mit dem Finger der Mitte zu zeigen.

Dümmlich aber berechnend werden Morde an MigrantInnen als unbegreiflich, deren Nicht-Aufklärung als voller Pannen beschönigt und zudem einer einzigen rechten Terrorgruppe von drei Personen zugeschrieben. Die sonst bemühete Einzeltäter-These lässt sich ja angesichts der Aussagen Beate Tschäpes schwerlich aus dem Hut zaubern. Als vor zwei Jahren der Skandal um die strukturelle und finanzielle Verstrickung und Unterstützung bundesdeutscher Geheimdienste – Verfassungsschutz und weitere Behörden – öffentlich wurde, stellte sich in diesem Zusammenhang heraus, dass die Ermittlungen der Polizeibehörden prinzipiell rassistisch ausgerichtet waren. Opfer(-familien) wurden zu TäterInnen und Tatverdächtigen halluziniert. Und dennoch, es will keine Debatte über Rassismus aufkommen, weder in der etablierten Politik noch in den Medien. Ob Lampedusa, das Camp am Oranienplatz, Residenzpflicht, kein Recht auf Arbeit, Unterbringung in Lagern, Abschiebungen, Verweigerung von Asyl: das Problem heißt Rassismus. ■

ZWISCHEN DEN FRONTEN

Syriens KurdInnen und ihr Kampf um Demokratie und Autonomie

Der Bürgerkrieg in Syrien hat viele Fronten. Auf der Seite des Regimes gibt es Gruppierungen mit unterschiedlichen Interessen, Hardliner und Kompromissbereite, auch militärische Berater aus dem Iran, kleinere unabhängige Milizen und die libanesische Hizbollah spielen eine Rolle. Die Opposition ist noch weit heterogener. Die Aufständischen sind laut einer britischen Studie von »IHS Jane's« in rund 1000 bewaffnete Gruppen unterteilt. Unter den etwa 100 000 Aufständischen befinden sich laut der Studie 30 000 bis 35 000 islamistische Kämpfer sowie 10 000 Dschihadisten.

Was in den Medien knapp als Freie Syrische Armee (FSA) und »Opposition« bezeichnet wird, sind in sich sehr stark fragmentierte Gruppierungen. Dieses komplexe Bild einer zerfallenden Gesellschaft wird von den politischen RepräsentantInnen der westlichen Wertegemeinschaft und einem großen Teil der auflagenstarken Medien meist auf eine einfache Erzählung reduziert: Die mit dem Westen und den Golfmonarchien verbündete Syrische Nationale Koalition und ihr bewaffneter Arm, die FSA, kämpfen

für Demokratie und gegen den Despoten Baschar al-Assad. Dass die FSA selbst sich zahlreicher Kriegsverbrechen schuldig gemacht hat und mancherorts offen mit al-Qaida nahen Milizen zusammenarbeitet oder gar von solchen dominiert wird, hat dem Bild demokratischer Freiheitskämpfer allerdings mittlerweile selbst in der Mainstream-Berichterstattung einigen Schaden zugefügt.

Von Anfang an nahm die Partiya Yekitiya Demokrat (Partei der demokratischen Union, PYD), die die Mehrheit der KurdInnen Syriens repräsentiert, eine andere Position ein. Sie begreift sich weder als Teil der vom Westen gesponserten Opposition – schon deshalb, weil hier die notorisch kurdenfeindliche Regierung in Ankara mitmischte – noch lässt sie sich von Assad vor den Karren spannen.

Die KurdInnen, angesiedelt vor allem im Norden Syriens, an der Grenze zur Türkei, stellen eine der bedeutendsten Minderheiten Syriens dar. Zwischen acht und 15 Prozent der syrischen Bevölkerung sind KurdInnen. Sie leben mehrheitlich im Gouvernement al-Hasaka, das an die Türkei und den Irak grenzt, sowie im Gou-

vernement Aleppo, insbesondere in der Region um Ain al-Arab sowie im Norden der Provinz ar-Raqqa. Strategisch bedeutend ist dieses Gebiet zum einen, weil dort Erdölvorkommen liegen. Kürzlich behauptete der Vorsitzende der kurdischen Partei PYD, Salih Muslim, 60 Prozent des Erdöls in Syrien befänden sich derzeit unter Kontrolle der kurdischen Volksverteidigungskräfte YPG, der Miliz der PYD. Zum anderen ist das Gebiet bedeutend für islamistische Milizen, die sich lange Zeit ungehindert über die Grenze in die Türkei zurückziehen und so ihre Nachschublinien organisieren konnten. Aus diesem Grund kam es in den vergangenen Monaten auch immer wieder zu heftigen militärischen Auseinandersetzungen zwischen der YPG und islamistischen Terrororganisationen wie al-Nusra und Islamischer Staat im Irak und Syrien (ISIS).

Bei den Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Volksbefreiungseinheiten auf der einen und Islamisten und FSA auf der anderen Seite geht es auch darum, wie ein künftiges Syrien aussehen kann. Denn während die FSA und die Syrische Nationale Koalition für eine Unterwerfung Syriens unter die Interessen des

Westens stehen und die al-Qaida-Ableger al-Nusra und ISIS ein islamisches Kalifat samt Völkermord anhand ethnischer und konfessioneller Linien anstreben, vertritt die PYD das politische Projekt eines demokratischen, überkonfessionellen syrischen Staates.

Damit warten die KurdInnen allerdings nicht bis der Bürgerkrieg vorbei ist. Schon jetzt bauen sie Rätestrukturen in Stadtteilen auf, die wichtigsten Angelegenheiten des Lebens und Überlebens bewältigen sie selbstorganisiert. Orientiert am »Demokratischen Konföderalismus« des PKK-Führers Abdullah Öcalan, versuchen sie, basisdemokratische Institutionen zu schaffen, aus denen heraus sich eine Gesellschaft von unten selbst regieren kann.

Ein wichtiger Teil dieses Aufbaus ist die Selbstermächtigung von Frauen, denn gerade sie haben im Falle eines Sieges der Islamisten viel zu verlieren. Der weibliche Anteil an den kurdischen Milizen ist sehr hoch. Die kurdische Bewegung stellte eine eigene Frauenguerilla auf, die YPJ (Yekiniyên Parastina Jin, Verteidigungseinheiten der Frauen). Das Training und die politische Ausbildung der Frauen laufen

autonom und ohne Männer ab, an den Frontlinien wird in gemischtgeschlechtlichen Einheiten gekämpft.

Eine Videodokumentation zeigt den Alltag der Ausbildung der jungen Frauen. Sport, Schießübungen, politische Theorie und Volkstanz – für die hier organisierten Frauen ist das eine Form der Selbstermächtigung: »Wenn eine Frau eine Waffe in die Hand nimmt, um sich selbst und ihre Heimat zu schützen, ist das eine Revolution für sich«, sagt eine Kommandantin der YPJ. »Wir wollen ein demokratisches System, das uns als Kurden akzeptiert«, erläutert sie ihre politischen Ziele. Mehrere Frauenbataillone hat die kurdische Miliz bereits aufgestellt, von mindestens 40 Prozent Frauenanteil in der YPG spricht das US-Magazin Foreign Policy. »Diese al-Qaida-Typen macht es verrückt, wenn sie hören, dass es uns weibliche Kämpferinnen gibt«, zitiert das Blatt die Guerillera Roshna Akeed. ■

DEMO »FRIEDENSPROZESS UNTERSTÜTZEN – PKK-VERBOT AUFHEBEN«

16. November 2013 | 11 Uhr | Alexanderplatz



TERMINE

DEMONSTRATION

Aufhebung des PKK-Verbots
Bundesweite Demo aus Anlass des 20. Jahrestages des Verbots der PKK in der BRD.
Samstag, 16.11.2013, um 11 Uhr,
Alexanderplatz, Berlin-Mitte

FILMVORFÜHRUNG

Arbeitskampf in Mailand
Dokumentarfilm über den Kampf der ArbeiterInnen der INNSE gegen die Schließung des Betriebs.
Samstag, 16.11.2013, um 16:30 Uhr im
Regenbogenkino, Lausitzer Straße 22,
Berlin-Kreuzberg

VERANSTALTUNG

Offenes Treffen von NoWar Berlin
Das Thema beim Treffen im November sind die »Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte« (RSUKr). Mehr Infos unter www.nowar.blogspot.de.
Mittwoch, 20.11.2013, um 19 Uhr im
Café Commune, Reichenberger Straße 157,
Berlin-Kreuzberg

RÜCKBLLENDE

2. NOVEMBER 2013

We are here to stay
Mehr als 10 000 Menschen demonstrieren am 2. November durch Hamburgs Innenstadt und forderten ein Aufenthaltsrecht für die Gruppe »Lampedusa in Hamburg«. Die Flüchtlinge fordern die Anerkennung unter Anwendung des Paragraph 23 des Aufenthaltsgesetzes als Gruppe mit gleichem Hintergrund. Die Demonstration war der vorläufige Höhepunkt monatelanger Solidaritätsaktionen für die rund 300 westafrikanischen Flüchtlinge, die die Bombardements der Nato in Libyen vor drei Jahren überlebt haben und nach Lampedusa über das Mittelmeer geflüchtet waren.

18. OKTOBER 2013

Wilder Streik bei Walmart
80 ArbeiterInnen bei Walmart legten spontan in Miami die Arbeit nieder, um gegen ihre niedrigen Löhne, unbezahlte Überstunden und ihre schlechte Behandlung durch das Management zu protestieren. Bereits im Juni streikten ArbeiterInnen bei Walmart. 20 waren daraufhin entlassen worden.

5. SEPTEMBER 2013

Prekäre Böll-Stiftung
Bei der Heinrich-Böll-Stiftung, der parteinahen Stiftung der Grünen, werden seit Jahren viele KollegInnen über Drittfirmen zu prekären Bedingungen beschäftigt. Nachdem sich Betroffene in der Basisgewerkschaft FAU organisiert haben und sich im Betrieb für Verbesserungen einsetzten, hat die grüne Stiftung eine andere Firma beauftragt und die KollegInnen so aus dem Betrieb gedrängt. Ein Kollege klagte wegen unerlaubter Leiharbeit auf eine Festanstellung und hat am 5. September vor dem Berliner Arbeitsgericht Recht bekommen.

25. AUGUST 2013

Freiheit für Huber Ballesteros
Nach Zahlen der Vereinten Nationen sind seit 1986 fast 3000 kolumbianische GewerkschafterInnen ermordet worden. Im ersten Halbjahr 2013 sind mindestens elf GewerkschafterInnen umgebracht worden. Am 25. August 2013 wurde der Gewerkschaftsführer Huber Ballesteros verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Huber ist einer von Kolumbiens bekanntesten Gewerkschaftern, der Massentriks im ganzen Land mitorganisierte.



ZEICHEN DER SOLIDARITÄT

Interview mit Delegationsteilnehmer zur aktuellen Situation in Griechenland

Im September 2013 sind zum zweiten Mal AktivistInnen und GewerkschafterInnen nach Griechenland gereist um ein Zeichen der Solidarität zu setzen und Kontakte zu griechischen KollegInnen weiter aufzubauen. Die Delegationsreise wurde vom Tod des Antifaschisten Pavlos Fissas überschattet, der in der Nacht des 17. Septembers von Faschisten ermordet wurde. Welche Bedeutung hat die faschistische Partei »Goldene Morgenröte« in Griechenland?

HANS: Die Bedeutung dieser neofaschistischen Partei ist nicht zu unterschätzen. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen zu dem Mord an Pavlos wurde bekannt, dass diese Partei neben den Straßenschlägertrupps, die MigrantInnen und Linke terrorisieren, auch eine 3000 Personen starke paramilitärische Einheit hat, die teilweise auch von regulären Militär- und Polizeikräften trainiert wird.

Die Verbindung zum staatlichen Repressionsystem ist sehr eng. Die wichtigste politische Funktion aber ist die Spaltung des Widerstandes gegen die aktuelle Spar- und Privatisierungspolitik. Diese Rechnung geht leider auf. In Perama einem Stadtteil von Piräus mit 90 Prozent Arbeitslosigkeit sind die Faschisten dabei die Straße zu erobern. Bis 2012 war der

Stadtteil im Wesentlichen eine Hochburg der KKE und ihrer Gewerkschaft PAME.

In Athen habt ihr die Initiative »solidarity4all« besucht, die sich um Gesundheitsversorgung und Lebensmittelverteilung bis zu juristischer und schulischer Hilfe kümmert. Wie arbeitet dieses Netzwerk?

HANS: Ich halte das Netzwerk für eine sehr gute Idee. Unter Nutzung des Internet werden alle solidarischen Selbsthilfeinitiativen, soweit diese das wollen, erfasst und unterstützt. Jeder kann in der Umgebung seines Ortes die nächstgelegene Initiative finden und sich ihr anschließen.

Das Netz bietet den Gruppen die Möglichkeit sich untereinander zu koordinieren. Auch die Möglichkeit von Anschubfinanzierungen gibt es. Es ist Dienstleister für die einzelnen lokalen Zentren in Form von Know-how beim Aufbau neuer Strukturen oder mit spezifischer Hilfe in Fragen, bei denen die lokalen Gruppen überfordert sind. Syriza verlangt von ihren Abgeordneten ihre Diäten über 2000 Euro an soziale Projekte abzuführen. Durch die Nähe zu Syriza reagieren leider einige Gruppen aber auch misstrauisch, obwohl das Netzwerk seine parteipolitische Unabhängigkeit betont.

Ihr wart auch bei dem durch die Regierung geschlossenen Sender ERT, der von Beschäftigten besetzt wurde. Die Beschäftigten arbeiten selbstverwaltet weiter. Wie viele Menschen sind dort tätig und über welche Kanäle können sie senden? Droht eine Räumung durch die Polizei?

HANS: ERT hatte am Tag der Schließung 2650 Beschäftigte. Derzeit arbeiten bei ERT in Athen noch 300 bis 400 Personen Tag und Nacht, weitere ehemalige Beschäftigte kommen sporadisch in den Sender zum Arbeiten. Die Sendungen werden über Internet und Satellit verbreitet.

Anfang Oktober hat die Regierung den Sender abgeschaltet, das heißt sie hat bei dem privaten Sender, der das Signal über seine Satelliten übertrug interveniert und die Einstellung der Übertragung erreicht. Doch jetzt ist der Sender wieder zurück und sendet über einen russischen Satelliten. Die ERT-Besetzung ist akut räumungsbedroht. Das Druckmittel der BesetzerInnen ist die Öffentlichkeit. Eine polizeiliche Räumung wäre sofort »live« in aller Welt im Fernsehen. Davor schreckt die griechische Regierung noch zurück. Der Sender in Athen ist ebenso wie die BesetzerInnen in Thessaloniki zu einem Teil der sozialen Bewegung geworden und hat ihre Strukturen verändert. Alle Entschei-

dungen werden durch Versammlungen getroffen. Alle sind gleichberechtigt.

Seit zwei Jahren haben die KollegInnen die Kontrolle über den Betrieb Vio Metaliki in Thessaloniki übernommen. Sie produzieren verschiedene Sorten von Reinigungsmitteln. Mit welchen Problemen haben die Beschäftigten dort zu kämpfen?

HANS: Das Hauptproblem der KollegInnen von Vio.me ist das Produkt. Waren die KollegInnen vor einem Jahr noch zuversichtlich, die bisherige Produktion von Baumaterialien so weiter führen zu können und die funktionierenden Absatzmärkte zu nutzen wird ihnen das rechtlich verweigert. Die BesetzerInnen sind zwar rechtmäßige Besitzer der Produktionsmittel, schon alleine durch Nichtzahlung der ausstehenden Löhne. Aber sie haben bisher nicht die Rechte an dem Unternehmen durchsetzen können. Einer alternativen Vermarktung des produzierten Materials fehlt es an AbnehmerInnen. Deshalb haben die ArbeiterInnen mit Hilfe befreundeter ChemikerInnen die Produktion umgestellt auf Reinigungsmittel auf Basis natürlicher Rohstoffe aus Griechenland. Der Vertrieb der Produkte läuft in Griechenland langsam an. Vielleicht können auch wir schon bald unsere Fenster mit politisch korrekten Reinigern putzen. ■

KLASSENKÄMPFERISCHER BLOCK

Wer wir sind und was wir wollen ...

Der Klassenkämpferische Block ist eine Initiative aus Berlin, die die Stärkung klassenkämpferischer und antikapitalistischer Positionen innerhalb der Betriebe und darüber hinaus zum Ziel hat. Angefangen mit Mobilisierungen zu klassenkämpferischen Blöcken auf den zentralen zwei Demonstrationen am 1. Mai, arbeitet unser Zusammenschluss in unterschiedlicher Konstellation seit 2009.

Wir – das sind vor allem KollegInnen aus den Bereichen Verkehr, Entsorgung, Han-

del, Erziehung, Dienstleistungen und anderen Branchen. Darüber hinaus sind wir überwiegend, aber nicht ausschließlich, Mitglieder von Gewerkschaften sowie oft in unseren Betrieben und in politischen Gruppen engagiert und organisiert.

Politisch eint uns dabei das Ziel der Abschaffung des Kapitalismus als derzeitige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Überall erleben wir tagtäglich die immer dreisteren Zumutungen kapitalistischer Profitlogik: miese Löhne, unsichere Jobs,

Entlassungen, Unternehmenswillkür und Druck der Chefetagen auf die Beschäftigten sind hier nur einige Stichworte. Dagegen setzen wir die solidarische Organisierung und den Kampf der Klasse der Lohnabhängigen überall für ihre Rechte, gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für eine sozialistische Perspektive! In Zeiten eines kaum vorhandenen Bewusstseins der eigenen Lage sowie vorherrschender Individualisierung und Passivität der Beschäftigten in vielen Bereichen ist dies sicherlich keine einfache Aufgabe.

Mit Kundgebungen, den organisierten Blöcken auf den 1.-Mai-Demonstrationen, inhaltlichen Veranstaltungen, Solidaritätsaktionen sowie mit dieser Zeitung versuchen wir dabei nach unseren Möglichkeiten aktuelle Kämpfe zu unterstützen, in Debatten zu intervenieren und den Klassenkampf von unten wieder auf die Agenda zu bringen.

Schluss mit dem Schmusekurs – Für Solidarität und Klassenkampf!
www.klassenkampfblock.blogspot.de ■